

CHRISTIAN DORN, BRÜSSEL

Strahlender Sonnenschein. Vor dem Eingang „Altiero Spinelli“ des Brüsseler EU-Parlaments sammelt sich eine Jugendgruppe zum „Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut“. Wenige Meter weiter stellt sich der Parlamentspräsident, der Italiener Antonio Tajani, den Fragen einer Handvoll Journalisten zum gleichentags eröffnenden EU-Gipfel. Angesichts des hiermit regelmäßig auftretenden Ausnahmezustands in der belgischen Hauptstadt ist das Presseinteresse auffällig gering. Dabei ist Italiens Vertragswideriger Finanzhaushalt – neben dem Brexit – das Thema, an dem sich die Zukunft des EU-Kosmos entscheidet. Ebenso unscheinbar wirkt die Gruppe, die fast heimlich zum Sitzungssaal geführt wird, wo ein Dutzend Wissenschaftler und Politiker – vor rund hundert Gästen (bei 48 Übersetzern) – nichts Geringeres als den Austritt aus der Eurozone erörtern.

Die eigentlichen Freunde Europas sind Euroskeptiker

Unter dem Motto „Leaving the Eurozone“ werden an diesem Nachmittag ökonomische, rechtliche, politische und historische Aspekte diskutiert. Dabei gibt Nigel Farage, Vorkämpfer des Brexit, in seiner Begrüßung das Selbstverständnis vor: „Wir euroskeptischen Parteien sind die eigentlichen Europafreunde.“ Der gastgebende AfD-Chef Jörg Meuthen, wie Farage Mitglied der EU-Parlamentsfraktion EFDD (Europa der Freiheit und der direkten Demokratie), sieht den Bri-



Nigel Farage, Jörg Meuthen, Jiří Payne: Seit 1945 hat fast jährlich ein Gebiet eine Währungsunion verlassen

Der Dexit ist möglich

Brüssel: Hochkarätige Konferenz diskutiert Austritt aus der Eurozone

ten dabei als Vorbild: Wie dieser sein Land zurückgenommen habe, „wollen wir unsere Währung zurück“. Denn, so Meuthen: „Der Euro ist gescheitert. Eine Währung, die gerettet werden muß, und das in Permanenz, ist keine vernünftige Währung.“

Dies ist das Stichwort für den Wirtschaftswissenschaftler Roger Bootle vom Forschungsinstitut Capital Economics, das bereits 2012 den Wolfson Economics Prize für den besten Vorschlag zum Euro-Austritt gewann. Was damals als das eigentliche Problem galt, die Deutsche Mark, sei eigentlich die Lösung gewesen, so Bootle, da dadurch Weichwährungsländer wie Frankreich und Spanien wettbewerbsfähig blieben.

Mojmír Hampl von der tschechischen Nationalbank, bekennender Euro-Skeptiker, empfindet seinen Auftritt fast so, als hielte er im Kreml eine Rede zum Ende von Putins Regentschaft. Aus seiner Sicht zeigte die Geschichte von Währungsunionen verschiedener Länder, daß diese generell instabil seien. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges habe fast jährlich ein Land oder Gebiet eine Währungsunion verlassen. Auch gebe es in Europa mehrere, so zwischen der Schweiz und Liechtenstein oder bei Monaco und Andorra mit Frankreich. Selbst der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis wurde zum Gewährsmann, der die Eurozone mit dem „Hotel California“ verglichen hatte, in das es rein,

aber nicht mehr rausgeht. Der dänische Finanzexperte Lars Christensen sah, wie auch andere Teilnehmer, bei Italien die wahrscheinlichste Bruchstelle der Eurozone. Indes sei die Euro-Befürwortung in Tschechien am geringsten ausgeprägt, während die Slowakei versuche, sich mit dem Euro „Glaubwürdigkeit zu kaufen“. Der Faktor Nationalstolz, wie in Tschechien, werde in den Wirtschaftswissenschaften nicht hinreichend gewürdigt.

Politisch höchst brisant war die Expertise des in London lehrenden Rechtswissenschaftlers Gunnar Beck, der darlegte, warum Deutschland bereits jetzt legitimiert sei, den Euro zu verlassen, ohne aus der EU auszutreten. Grundlage bildeten die Artikel 5, 60 und 72

des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge. Diese räumten das Recht ein, eine Mitgliedschaft bis auf weiteres zu suspendieren, solange andere Staaten vertragsbrüchig sind. Das gelte auch bei der Verletzung der Regeln zu solider Staatsfinanzierung.

Entsprechend könne Deutschland eine de jure befristete (faktisch endgültige) Parallelwährung einführen. Als Gläubiger der EZB wäre Deutschland ebenso berechtigt, vor einem Gericht hierzulande seine Forderungen einzuklagen. Überdies wäre die EZB zur offiziellen Bad Bank zu erklären, „die sie unter Draghi aber längst ist“.

Auch sei der Euro für die deutsche Exportindustrie aus WHO-Sicht eine rechtswidrige Exportsubvention. Zudem hätten die Deutschen das geringste Privatvermögen in der Eurozone, „geringer als das der Griechen, Spanier, der Zyprioten und weit, weit geringer als das der Italiener und der Iren“. Weiter verursache die Nullzinspolitik der EZB bei den deutschen Sparern von 2010 bis heute einen Verlust von über 600 Milliarden Euro an Zinseinnahmen. Dies sei „ein gewaltiger Vermögensverlust von Deutschland zugunsten Südeuropas, maroder Banken und auch des deutschen Fiskus.“ Trotz bemerkenswerter Exportüberschüsse sei die deutsche Bevölkerung ein Euro-Verlierer. So seien seit 2002 die Löhne und seit 2000 das BIP kaum gestiegen. Ein „Dexit“ würde die Kaufkraft und den Lebensstandard erhöhen, ebenso das Sparvermögen. „Der Euro-Austritt ist für Deutschland rechtlich nicht nur möglich, sondern auch ein Gebot der praktischen Vernunft.“

Die Botschaft, daß ein Euro-Austritt möglich sei, relativierten zugleich die beiden EU-Parlamentarier Jörg Meuthen und Joachim Starbatty. Während ersterer besonders in Deutschland Widerstand befürchtete, da nirgend sonst die Menschen derart im Namen der vermeintlichen Friedenswährung indoktriniert worden seien, sieht Euro-Kläger Starbatty beim Austritt bereits die zu erwartende Schlagzeile: „Deutschland zerstört Europa wieder.“ Entscheidend sei es, so Meuthen, den Menschen klarzumachen, daß das Eurosystem eine Lose-Lose-Situation ist, bei der es nur Verlierer gebe.

Mitschnitt: „Leaving the Eurozone“
▶ www.bit.ly/20HN1oI

Bundesrat berät über Umgang mit Wolf

BERLIN. Die Bundesländer Brandenburg, Sachsen und Niedersachsen haben am Freitag im Bundesrat einen Entschließungsantrag für einen konsequenteren Umgang mit dem Wolf eingebracht. Die Länderkammer überwiegt den Vorschlag in die Fachausschüsse. Demnach soll das Bundesnaturschutzgesetz angepaßt werden, um mehr Möglichkeiten zu schaffen, Wölfe zu bejagen und Nutztierhalter besser zu unterstützen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) begrüßte die Initiative als richtigen und längst überfälligen Schritt. „Wir müssen endlich anerkennen, daß eine uneingeschränkte Ausbreitung des Wolfes perspektivisch das Aus für die Weidhaltung von Schafen, Ziegen, Pferden und Rindern bedeutet“, sagte der DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken. (ha)

Google kündigt Gebühren an

BERLIN. Google hat angekündigt, künftig Gebühren für seine Apps von den Herstellern der Android-Phones zu verlangen. Der Technologiekonzern ändert damit sein Geschäftsmodell, nachdem die EU-Kommission im Juli ein Bußgeld in Höhe von 4,3 Milliarden Euro verhängt hatte. Die EU will Google so daran hindern, seine dominierende Marktmacht zu mißbrauchen. Die von den Android-Phone-Herstellern genutzten und vorinstallierten Apps waren kostenlos und führten die lukrativen Nutzerdaten an den Mutterkonzern ab. Google hat die Kartellstrafe bereits bezahlt, aber Berufung gegen die Entscheidung der Kommission eingelegt. (mp)

DIHK verringert Wachstumsprognose

BERLIN. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat laut der Nachrichtenagentur dpa ihre Wachstumsprognose für die deutsche Wirtschaft von 2,2 Prozent auf 1,8 verringert. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben sagte: „Die Unternehmen blicken merklich verhaltener auf ihre künftigen Geschäfte – die stärkste Eintrübung der Geschäftserwartungen seit vier Jahren.“ Basis für diese Absenkung ist eine Umfrage unter 27.000 heimischen Unternehmen. Als Konjunkturbremse nannten die Unternehmen den Fachkräftemangel, aktuelle Handelskonflikte und den Brexit. (mp)

Zahl der Woche

821 Millionen Menschen waren 2017 weltweit dauerhaft unterernährt. Das seien elf Prozent der Erdenbevölkerung. Damit waren 17 Millionen mehr als im Vorjahr, aber 158 Millionen weniger als zum Höchststand 2003 von Hunger betroffen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



A. Tajani: Bruchstelle Italien

Ungebremster Börsengang

„Made in Germany“: Knorr-Bremse emittiert Aktien und macht 3,9 Milliarden Gewinn / Gutes Omen für weitere Erstplatzierungen deutscher Unternehmen

CARSTEN MÜLLER

Anleger und Analysten lassen sich gern von hochfliegenden Wachstumsplänen begeistern. Doch wenn der Wind an der Börse rauher wird, können oft „langweilige“, dafür aber solide Unternehmen auftrumpfen. Das gilt auch bei Neuemissionen, wie der Börsengang von Knorr-Bremse gezeigt hat.

Das inzwischen 113 Jahre alte Unternehmen hat den erfolgreichen Schlußpunkt unter ein sehr intensives Börsengang-Jahr in Deutschland gesetzt. Was beachtlich ist, angesichts der schlechten Stimmung und den turbulenten Kursentwicklungen in den letzten Wochen. Doch mit einer klaren Investment-Geschichte und soliden Zahlen konnte Knorr-Bremse vor allem langfristig

orientierte Investoren überzeugen, was sich letztlich auf den sogenannten Platzierungspreis niederschlug.

Trotz Knorr-Bremses hohem Alter, waren es erst die letzten 30 Jahre, die aus dem Unternehmen das gemacht haben, was es heute ist – den Weltmarktführer für Bremssysteme sowohl bei Schienen- als auch Nutzfahrzeugen. Der Erfolg ist damit vor allem mit einem Namen verbunden – Heinz Hermann Thiele. Der heute 77-jährige hatte seine persönliche Karriere im Unternehmen als Sachbearbeiter begonnen und 1985 die Mehrheit erworben. Er war es, der das Unternehmen neu aufstellte und auf Bremssysteme spezialisierte. Dazu gehörten seit den neunziger Jahren auch 16 Übernahmen und Joint Ventures. Andere Teilbereiche wie die Dieselmotor-Produktion, Werkzeugmaschinenbau und Stahlguß wurden

verkauft und lieferten dadurch einen Teil der nötigen Liquidität zur Expansion.

Nachhaltiges Wachstum – dieses Credo familiengeführter Unternehmen hat Thiele auch bei Knorr-Bremse implementieren können. Inzwischen ist er nur noch Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates, hatte aber die entsprechenden Weichen gestellt, und das heutige Management scheint fähig.

Die Zahlen sind überzeugend. In den vergangenen vier Jahren erreichte das Unternehmen eine Umsatzsteigerung von rund 44 Prozent und einen Gewinnanstieg um 58 Prozent. Kein Wunder also, daß der Börsengang von Knorr-Bremse auf so starkes Interesse stieß. Mit der Folge, daß das Münchner Unternehmen mit einem Platzierungspreis von 80 Euro je Aktie trotz der Turbulenzen ein starkes Ergebnis erreichen konnte.

Etwa 30 Prozent des Unternehmens wurden an die Börse gebracht. Mit einem Platzierungserlös von rund 3,9 Milliarden Euro und einer aktuellen Marktkapitalisierung von über 13 Milliarden Euro wurde Knorr-Bremse damit nicht nur zum zweitgrößten deutschen Börsenneuling dieses Jahres hinter Siemens Healthineers. Vielmehr dürfte das Unternehmen damit zum aussichtsreichsten Kandidaten für die Aufnahme in den MDAX werden. Allerdings gibt es einen Wermutstropfen. Denn der Platzierungserlös wandert komplett in die Tasche des Firmepatriarchen beziehungsweise seiner Tochter. Aber das scheint die Anleger kaum zu kümmern. Schließlich hat das Unternehmen in der Vergangenheit gezeigt, daß man sehr gut aus eigener Kraft expandieren kann. Zumal es faktisch schuldenfrei ist.

Mit dem gelungenen Marktauftritt dürfte Knorr-Bremse anderen Börsenaspirenden Mut gemacht haben. Zwar hatte sich in den vergangenen Monaten gezeigt, daß das Neuemissions-Geschäft komplizierter geworden ist. Davon zeugten unter anderem Börsengang-Absagen durch den Anlagenbauer Exyte oder der schwache Einstieg von Aston Martin. Daß solide Geschäftszahlen mit entsprechenden Wachstumsaussichten dennoch auch in schwierigen Börsenlagen gefragt sind, könnte ein gutes Omen für Börsengänge im nächsten Jahr sein. Dazu zählen VW mit der Lkw-Tochter Traton, Continental mit der Sparte Antriebstechnik und natürlich die beiden Thyssenkrupp-Unternehmen, die aus der angekündigten Aufspaltung entstehen.

▶ www.knorr-bremse.de

Deutschland hat sich dramatisch verändert! Morde, Überfälle, Vergewaltigungen. Die Regierung beschwichtigt. In der neuen Aufklärungsbroschüre informiert die JF über die besorgniserregende Entwicklung. Bestellen Sie die Broschüre gratis und klären Sie mit uns zusammen auf!

Gemeinsam aufklären!

„Ich schau nicht mehr weg!“

Infoblatt gratis bestellen: jf.de/asyl

„Ich kenne keine Frau, die sich noch so sicher wie früher auf der Straße fühlt. Mein Hauptgrund sind meine vier Kinder. Ich habe wahnsinnige Angst um meine Kinder. Weil sie die Schwachen unserer Gesellschaft sind. Die gar nicht wissen, was auf sie zukommt. Die wehrlos sind und auch ungeschützt. Weil das Thema nie behandelt wird. Ja, ich habe einfach Angst!“

Carina T., vierfache Mutter aus München, wurde brutal zusammengeschlagen.

▶ Carina T., ganze Geschichte auf: jf.de/tv Frauen in Gefahr